

IV. Europäische Einigungsversuche im Zeichen der Krise der Weltwirtschaft 1929–1931

1. Paneuropa oder Mitteleuropa: Alternativen für Deutschlands außenpolitische Orientierung?

In der Forderung ‚Retour à l'Europe‘ gipfelte 1929 eine Publikation des französischen Ökonomen Francis Delaisi¹, der den Ausgleich zwischen dem industriellen Europa und dem agrarischen Europa für dringlich hielt und darum empfahl, sich vorübergehend aus den weltwirtschaftlichen Beziehungen zu lösen und sich vorrangig einer innereuropäischen Entwicklungspolitik zu widmen. Das Erscheinen seines Buches signalisierte die Verlagerung des Schwerpunktes in der Diskussion um die europäische Einigung: Standen sich namentlich seit Dawes-Abkommen und Locarno-Vertrag die universal orientierten und kontinental orientierten Einigungsbestrebungen gegenüber – wie es der Konflikt zwischen dem VEV und der PU erkennen ließ –, so kreiste ab 1929/30 die Auseinandersetzung mehr und mehr um die Alternative zwischen einer gesamteuropäischen und einer regionaleuropäischen Einigung; für die deutschen Einigungsbestrebungen bedeutete dies, zwischen einer paneuropäischen, d. h. zunächst deutsch-französischen, Verständigung und einer mitteleuropäischen Lösung wählen zu sollen.

Noch bevor die Diskussion innerhalb der Einigungsbestrebungen, in der Publizistik und selbst innerhalb der deutschen Wirtschaft sich auf die innereuropäische Fragestellung konzentrierte, war die amtliche deutsche Außenpolitik durch Frankreich mit der Perspektive einer anti-amerikanisch orientierten binneneuropäischen Verständigung konfrontiert worden. Den Schlüssel für die Erklärung der französischen Initiativen, die im Europa-Memorandum Briands 1930 kulminierten, bildet die Außenhandelspolitik der Vereinigten Staaten, die nach dem Ersten Weltkrieg zur beherrschenden Wirtschaftsmacht aufgestiegen waren. Mit ihnen war Europa nicht nur über das Problem der interalliierten Schulden, mittelbar also auch über die Reparationsfrage verbunden; die europäische Wirtschaft sah sich überdies durch das Anwachsen des amerikanischen Produktionsvolumens ihrer herkömmlichen Exportchancen beraubt und zudem von einer Exportoffensive in Europa selbst überrollt.

Die Open-Door-Policy der USA zielte allerdings nicht auf die Bildung eines tendenziell globalen Freihandelsraumes, der dann den wirtschaftlichen Partnern gleichermaßen zugute gekommen wäre. Sie diente vielmehr vorrangig – im Zeichen einer „Außenpolitik des nationalen Egoismus“² – der Sicherung und Steigerung nationaler Prosperität, deren unauflösliche Abhängigkeit vom dauerhaften Prospe-

¹ Delaisi, *Les deux Europes*, p. 205.

² Angermann, *Die Vereinigten Staaten von Amerika*, S. 10.

rieren der Weltwirtschaft, namentlich der europäischen Wirtschaft, in ihrer vollen Bedeutung nicht rechtzeitig erkannt worden ist³.

So kombinierten die USA die Erschließung auswärtiger, insbesondere europäischer Märkte mit einer protektionistischen Zollpolitik, die ausländischer Konkurrenz den Zugang zum amerikanischen Markt 1921 und 1922 im Fordney-McCumber-Zollgesetz erschwerte und 1931 mit dem Smoot-Hawley-Tarif so gut wie vollständig versperrte. Ähnlich verhielten sich die USA in der Frage der Rückzahlung der alliierten Kriegsschulden, was vor allem Frankreich und Großbritannien betraf, aber auch auf Deutschlands Reparationslasten durchschlug.

Unter diesen politischen Prämissen der USA fand sich ein jeder Versuch einer europäischen Einigung in widersprüchliche Tendenzen eingefangen. Denn die USA „wünschten einerseits im eigenen Interesse eine politische und wirtschaftliche Stabilisierung in Europa und einen friedlichen Ausgleich der nationalen Antagonismen, weil dies die Voraussetzung für ein finanzielles Engagement und für die wirtschaftliche Expansion Amerikas war; andererseits beharrten sie (wie am deutlichsten in der Handels- und Schuldenpolitik dokumentiert wurde!) auf einer separaten, bilateralen Regelung ihrer Beziehungen zu jedem einzelnen europäischen Staat und wähten hinter jeder europäischen Gemeinschaftsaktion oder Blockbildung antiamerikanische oder doch zumindest die amerikanischen Interessen beeinträchtigende Tendenzen“⁴.

Nicht ohne Argwohn registrierten die Vereinigten Staaten darum den Abschluß des Locarno-Vertrages sowie die ihm folgenden wirtschaftlichen Vereinbarungen auf dem europäischen Kontinent wie etwa die Verlängerung des deutsch-französischen Kaliabkommens und die Bildung der Internationalen Rohstahlgemeinschaft. Daß Stresemann hingegen sorgsam bemüht war, schon dem Verdacht einer deutschen Beteiligung an einer selbst nur scheinbar antiamerikanischen Kombination in Europa entgegenzutreten, erklärt sich aus seinem revisionspolitischen Konzept, wonach er die deutsch-amerikanischen Beziehungen als Hebel für den wirtschaftlichen und politischen Wiederaufstieg Deutschlands gerade gegenüber französischen Hegemoniebestrebungen zu entwickeln gedachte. So verweigerte er sich im April 1928 dem Wunsch Großbritanniens und Frankreichs nach gemeinsamer Formulierung einer Antwort auf den Paktvorschlag Kelloggs mit der bezeichnenden Begründung, „Deutschland werde in Zukunft außenpolitisch auf die amerikanische Unterstützung angewiesen sein“ und habe „schon aus reparationspolitischen Gründen ein Interesse daran“, sich nicht in einen „Bündnisblock gegen Amerika“ einspannen zu lassen⁵.

Ansätze zu einer solchen Blockbildung waren gerade von französischer Seite wiederholt unternommen worden. Gerade in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre verengten sich die wirtschaftlichen Entwicklungschancen für Frankreich auf dem

³ Wolfram Fischer, Die Weimarer Republik unter den weltwirtschaftlichen Bedingungen der Zwischenkriegszeit, in: Industrielles System, S. 50.

⁴ Link, Amerikanische Stabilisierungspolitik, S. 352–353.

⁵ Zit. nach Link, ebda.

Binnen- wie auf dem europäischen Markt. Dies hing zum einen mit der rigorosen amerikanischen Schuldenpolitik zusammen. So mußte sich Frankreich 1926 im Mellon-Bérenger-Abkommen für die Dauer von 62 Jahren zur Tilgung seiner Kriegsschulden an die USA bereitfinden; auf die überaus harten Bestimmungen, darunter der von den USA durchgesetzte Verzicht auf ein von französischer Seite verlangtes Junktim zwischen der Dauer der deutschen Reparationszahlungen und den französischen Tilgungspflichten, war es zurückzuführen, daß das Abkommen nach schweren inneren Auseinandersetzungen erst Mitte 1929 von der französischen Kammer ratifiziert wurde. Zum andern sah Frankreich seine Exportchancen auf dem europäischen Markt durch das Vordringen amerikanischen Kapitals und amerikanischer Produkte zunehmend beeinträchtigt. Dies gab außerdem Anlaß zu der nicht unbegründeten Befürchtung, mit Hilfe amerikanischen Kapitals könne Deutschland die Nachfolgestaaten wirtschaftlich durchdringen und somit diese europäische Region, die bislang mit Frankreich politisch und wirtschaftlich verknüpft war, ihrer Schutzfunktion gegen ein politisches Ausgreifen Deutschlands in „mitteleuropäischer“ Richtung entkleiden.

Dies erklärt, weshalb die französische Außenpolitik mehrfach versuchte, zu einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit – deren politischer Bindungswirkung man sich in Paris wie in Berlin bewußt war – auf dem europäischen Kontinent zu gelangen. Nach dem auch von amerikanischer Seite induzierten Scheitern der Thoiry-Vereinbarungen unternahm Briand eine weitere derartige Initiative gegenüber Stresemann im Juni 1929 am Rande einer Tagung des Völkerbundsrates in Madrid⁶. Dabei schlug Briand vor, nach Abschluß der Sachverständigenkonferenz über den Young-Plan eine weitere Konferenz in Paris abzuhalten, die „alle aus dem Kriege hervorgegangenen Fragen, die noch einer Lösung harreten, regeln und eine Art Liquidation des Krieges bilden“ sollte. Anschließend sei zu überlegen, „wie man die europäischen Verhältnisse sowohl politisch als auch wirtschaftlich konsolidieren könne. Man müsse sich zu einer gemeinsamen Anstrengung aller europäischen Länder vereinigen, denn sonst würde Europa aufgefressen (manger) werden“. Briand verlangte eine solche innereuropäische Einigung – vom politischen Motiv der Stabilisierung des europäischen Friedens abgesehen – in erster Linie, „um sich vor der amerikanischen Uebermacht zu schützen“. Denn es war nach seiner Ansicht nötig, „daß den Amerikanern das Gefühl genommen werden müßte, daß sie die absoluten Herrscher in der Welt seien. Sie benähmen sich heute so, als ob es für sie überhaupt keinen nennenswerten Widerstand mehr irgendwo gäbe, und wenn die europäischen Staaten vereinzelt kämpften, so sei dies wohl auch der Fall. Wenn sie sich aber zusammenfänden, so würden sie auch die Vereinigten Staaten dazu bringen können, mindestens in Verhandlungen über die gegenseitigen Wirtschaftskonzessionen, z. B. über Zollherabsetzungen etc. einzutreten“.

Nach der Aufzeichnung des Dolmetschers Schmidt „bemerkte“ Stresemann „dar-

⁶ Aufzeichnung über die Unterredung zwischen dem Herrn Reichsminister und Herrn Briand am 11. 6. 1929 im Hotel Ritz in Madrid, PA Büro RM 74, Bd 1, D 702490–96.

auf, daß auf deutscher Seite die Schwierigkeiten in der finanziellen Abhängigkeit von Amerika bestünden und daß eine Zusammenarbeit der europäischen Staaten, vor allem auch für Deutschland, darin ihren Ausdruck finden müßte, daß dem kapitalarmen Deutschland von den Anderen die nötigen Kapitalien zur Verfügung gestellt würden“. Ob damit „Stresemann durchaus eine Umstellung auf europäische Kreditgebung erwog“⁷, was einer grundsätzlichen Wendung in seiner die deutsch-amerikanischen Bindungen gegen Frankreich ausspielenden revisionspolitischen Linie gleichgekommen wäre, muß jedoch fraglich erscheinen. Zwar stellte Briand eine europäische Kreditgebung in Aussicht, „sobald die Regelung der noch schwebenden Fragen erreicht sei. Dann würde sich nicht nur die Meinung der financiers, sondern auch die gesamte öffentliche Meinung der einzelnen Länder auf die neue Zusammenarbeit einstellen“. Doch hätte ein solches Verfahren für Deutschland bedeutet, daß es eine Kapitalhilfe⁸ seitens der europäischen Staaten, voran Frankreichs, erst dann hätte erwarten können, wenn es zuvor der von Briand vorgeschlagenen ‚Liquidation des Krieges‘ zugestimmt hätte. Den Wechsel aus der finanzpolitischen Abhängigkeit zu den USA in ein vergleichbares Schuldnerverhältnis zu Frankreich und anderen europäischen Staaten – womöglich nach dem Modell der finanziellen Sanierung Österreichs durch den Völkerbund – hätte Stresemann vermutlich mit einem sehr weitgehenden Verzicht auf revisionistische Ziele, in jedem Fall aber mit einer Abkehr von der Leitvorstellung eines ‚deutschen Mitteleuropa‘ erkaufen müssen. Daß er dies ernsthaft erwogen haben soll (und nicht nur die Ablehnung eines ihm unzumutbar erscheinenden Verfahrensvorschlags Briands in verbindlichere Form kleidete), ist angesichts seiner bewußten Instrumentalisierung des außenpolitischen Faktors der Vereinigten Staaten im Dienst seines revisionspolitischen Ansatzes gegenüber Frankreich und dessen ostmittel- und südosteuropäischem Bündnissystem nicht gut vorstellbar.

Auch in der Folgezeit hielt Stresemann an seiner skeptischen Haltung gegenüber tendenziell anti-amerikanischen Vorschlägen der französischen Politik fest. So beantwortete er Briands große ‚europäische‘ Rede vor der Vollversammlung des Völkerbundes vom 5. September 1929 mit dem unzweideutigen Hinweis: „Politische Gedanken, namentlich mit irgendeiner Tendenz gegen andere Erdteile, lehne ich entschieden ab, ebenso alles, was wie eine wirtschaftliche Autarkie Europas aussehen könnte.“⁹ Wenngleich auch Stresemann das finanzielle Engagement der Vereinigten Staaten als nur transitorisches Instrument für den deutschen Wiederaufstieg verwenden wollte, so sah er – wie anfänglich auch Brüning – die Zeit noch nicht gekommen, die einen Abbau der deutsch-amerikanischen Bindungen gestattete¹⁰.

⁷ So Lipgens, Europäische Einigungs-idee, S. 74 Anm. 52, in Auseinandersetzung mit Ewald, Die deutsche Außenpolitik, S. 12.

⁸ Ein solcher innereuropäischer „Young-Plan im Geiste von Locarno“ wäre finanziell möglich gewesen; vgl. Wolfram Fischer, Die Weimarer Republik, in: Industrielles System, S. 46.

⁹ Zit. nach Ewald, Die deutsche Außenpolitik, S. 16.

¹⁰ Werner Link, Der amerikanische Einfluß auf die Weimarer Republik in der Dawesplanphase (Elemente eines „penetrierten Systems“), in: Industrielles System, S. 497.

Anders als in der Reichsregierung und im AA mehrten sich aus Anlaß des Youngplans um 1929/30 Stimmen in der publizistischen Diskussion und auch innerhalb der Wirtschaft, die nicht nur die nach Frankreich orientierte ‚Verständigungspolitik‘, sondern auch die deutsche Bindung an die Vereinigten Staaten und damit an den Weltmarkt für schädlich hielten und darum auf eine entschiedenerere ‚mitteleuropäische‘ Politik drängten. „Der deutsche Samson wird sich nicht auf Lebenszeit an die Tretmühle Versailles binden lassen“ – mit dieser Formulierung gab Ludwig Kaas¹¹ nach den Septemberwahlen 1930 dieser in der Öffentlichkeit weit verbreiteten Haltung Ausdruck. Kaas selbst hoffte noch immer auf den Erfolg einer „friedlichen Evolutionspolitik“¹² auf der Grundlage einer deutsch-französischen Verständigung, doch schien die Forderung nach aktiver ‚Mitteleuropa‘-Politik bereits die Oberhand gewonnen zu haben. Wer „noch seinen Blick nach Westen statt nach Osten lenkt, der erkennt nicht den Weg in die Zukunft“¹³, schrieb bereits 1929 Wilhelm Gürges über die Alternative ‚Paneuropa und Mitteleuropa‘, und er entwickelte – unter Berufung auf Friedrich Naumann – erneut das Konzept eines von Deutschland dominierten ‚Mitteleuropa‘. Der Anschluß Österreichs würde nicht nur Ungarn und Rumänien zu ‚mitteleuropäischer‘ Politik veranlassen, auch anderen Staaten bliebe dann keine Wahl mehr: „Polen und die Tschechoslowakei müssen sich umstellen. Sie gehören dazu, ob sie wollen oder nicht. Ein mitteleuropäischer Wirtschaftsblock würde zwangsläufig die Tschechoslowakei, Südslawien und Polen anziehen. Als zwingender Grund für Polen wirkt, daß es sich nicht einen mitteleuropäischen Gegner neben Rußland leisten darf.“¹⁴ Außerdem böten die durch Deutschland vermittelten zivilisatorischen „Errungenschaften“ den betroffenen Ländern „wahre Völkerbeglückung“¹⁵, und in dem von 150 Millionen Menschen bewohnten ‚Mitteleuropa‘ bestünde die „große Aussicht, daß die Amerikaner und Engländer aus ihren Positionen im mitteleuropäischen Raum verdrängt werden“¹⁶ und eine tendenziell autarke Großraumwirtschaft möglich würde, von der aus später auch „die Brücke zu Paneuropa“¹⁷ geschlagen werden könnte, d. h. westeuropäische Länder mit einbezogen werden sollten.

Die anwachsende Resonanz, auf die diese und ähnliche Vorstellungen in Deutschland stießen, veranlaßten auch Coudenhove-Kalergi zur Replik. Das Wiedererstehen der Mitteleuropa-Ideologie erklärte er aus dem „Erwachen Deutschlands aus den Rapallo-Träumen“¹⁸, warnte vor einer deutschen Hegemonialpolitik in Mitteleuropa und kam zu dem Schluß, Mitteleuropa sei „kein Weg nach Paneuropa, son-

¹¹ Einführung zu Walter Hagemann, Deutschland am Scheideweg, S. VII.

¹² Ebda.

¹³ Wilhelm Gürges, Paneuropa und Mitteleuropa, S. 71.

¹⁴ Gürges a. a. O., S. 63.

¹⁵ Gürges a. a. O., S. 72.

¹⁶ Gürges a. a. O., S. 67.

¹⁷ Gürges a. a. O., S. 65.

¹⁸ Coudenhove-Kalergi, Mitteleuropa, in: PE 6 (1930) S. 87 („So beschränkt sich die deutsche Freundschaft mit Rußland heute im wesentlichen auf das Auswärtige Amt und die Kommunistische Partei“).

dern ein Umweg, ein Irrweg“ – eine Interpretation, der von Carl Brockhausen, einem Promoter des in Breslau tagenden MWT, sogleich widersprochen wurde¹⁹.

2. Handelspolitische Polarisierung innerhalb der deutschen Wirtschaft

Die Krise der weltwirtschaftlichen Beziehungen gab auch jenen wirtschaftlichen Kreisen Deutschlands Auftrieb, die grundsätzliche Gegner der Handelsvertragspolitik waren, so der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, die über den Langnam-Verein als ihrer Interessenorganisation schon anlässlich der Zollvorlage 1925 den Kontakt zur Großlandwirtschaft wiederaufgenommen hatte, um das Konzept eines vom Weltmarkt abgeschirmten Binnenmarktes durchzusetzen²⁰. Organisatorisches Zentrum für diese Bemühungen, denen in der Mitte der zwanziger Jahre noch kein Erfolg beschieden war, bildete der 1926 konstituierte Esplanade-Kreis, in dessen etwa vierteljährlich abgehaltenen Sitzungen seitens der Landwirtschaft neben v. Miquel auch der Schwager Krupps, v. Wilmowsky teilnahm. Dieser wurde in den folgenden Jahren zur Schlüsselfigur der Kooperationsbemühungen zwischen Industrie und Landwirtschaft und trat 1931 nicht zufällig namens der Schwerindustrie an die Spitze der Deutschen Gruppe des MWT²¹.

Angesichts der sich verschärfenden Agrarkrise und der agrarprotektionistischen Propaganda landwirtschaftlicher Verbände boten die Handelsvertragsverhandlungen der Jahre 1926 bis 1929 viel Konfliktstoff, wobei die Auseinandersetzung über den deutsch-polnischen Handelsvertrag 1928/29 nahezu zum Zerfall des Esplanade-Kreises führte. Doch dank der Initiative Schlenkers vom Langnam-Verein und der Vermittlung durch Reusch (Gutehoffnungshütte Oberhausen) gelang es, einen Interessenausgleich zu erzielen, bei dem sich – den Regelungen im AVI-Abkommen vergleichbar – die vom Handelsvertrag profitierende Industrie an der Begleichung der für die Landwirtschaft entstehenden Lasten beteiligte.

Dieser durch Vermittlung schwerindustrieller Kreise, d. h. des Langnam-Vereins, zustandegekommene Lastenausgleich zugunsten der seit 1929 in der Grünen Front inzwischen straffer organisierten Landwirtschaft schuf die Grundlage für das Wiederentstehen des Solidarprotektionismus zwischen beiden Wirtschaftszweigen. Als gemeinsames Ziel wurden Konsolidierung und Erweiterung des Binnenmarktes auf dem Weg über eine grundlegende Umgestaltung des deutschen Handelsvertragssystems, insbesondere durch Verzicht auf das Prinzip der Meistbegünstigung und durch Schaffung größerer Wirtschaftsgebiete, d. h. von Zollunionen, vereinbart²².

¹⁹ Carl Brockhausen, Paneuropa und Mitteleuropa, in: PE 6 (1930), S. 140–142.

²⁰ Dieter Geßner, Industrie und Landwirtschaft 1928–1930, in: Industrielles System, S. 771.

²¹ Vgl. Kap. V/1. Zur Rolle Wilmowskys in den Beziehungen zwischen Industrie und Landwirtschaft z. B.: BA NL Silverberg 363, 6–9 (8. 2. 1930).

²² Vgl. zur Vermittlerrolle des Langnam-Vereins (Schlenker, Hahn) und zu dessen Stellung im Rahmen des erneuerten Solidarprotektionismus z. B. Meynen an Silverberg, 26. 3. 1930 mit

Die Stärkung der landwirtschaftlichen Interessenvertretung durch die Grüne Front und die Bewährung schwerindustriell-großagrarischer Solidarität in der durch den deutsch-polnischen Handelsvertrag akut gewordenen Krise ließen um 1929/30 eine Konstellation wirtschaftlicher Interessenten entstehen, die es in langwierigen Auseinandersetzungen unternahm, den am Prinzip der Meistbegünstigung festhaltenden Kreisen in Industrie und Handel den beherrschenden Einfluß auf die Gestaltung der deutschen Außenhandelspolitik streitig zu machen.

Zwar versuchte Wilmowsky, unter dem Eindruck der drohenden handelspolitischen Einkreisung Deutschlands, einen Interessenausgleich in einem gemeinsamen Studienkomitee von Industrie und Landwirtschaft „unter Führung eines von beiden Seiten anerkannten Sachverständigen, etwa des Professor Warmbold“, zu erreichen²³. Doch kam angesichts des mit äußerster Schärfe ablaufenden Konflikts um die Zollforderungen der Landwirtschaft im Winter 1930/31 nicht einmal ein solches Komitee zustande. Die Aktivitäten der agrarischen Seite alarmierten hingegen die weltmarktorientierten Industrien, die im RDI noch immer die Richtung bestimmen konnten. In ihrem Sinne wurden dann auch im Dezember 1930 die RDI-Vertreter bei Reichsregierung und Parlamentariern wie auch beim Reichspräsidenten vorstellig und wiesen auf die „Gefahr einer Erschütterung des gesamten deutschen Handelsvertragssystems und der Grundlagen der deutschen industriellen Produktion“²⁴ hin, falls der von landwirtschaftlicher Seite geführten „Agitation zur Erreichung neuer Zollerhöhungen und anderer Maßnahmen zur Beschränkung der Einfuhr“²⁵ nachgegeben werde. Auch in dem im September 1930 eingesetzten Europa-Ausschuß des RDI stießen die von landwirtschaftlicher und schwerindustrieller Seite entwickelten Forderungen auf den Widerspruch exportorientierter Industrien. So betonte Pietrkowski für die chemische Industrie, „unser Interesse an Südosteuropa (sei) nicht gross genug, um wichtige Überseeinteressen preiszugeben“²⁶.

Die Erfahrung, daß den binnenmarktorientierten Interessenten die Formulierung der Handelspolitik des RDI nicht möglich war, bewog den Langnam-Verein, die schon seit längerem bestehenden Kontakte zur Deutschen Gruppe des MWT zu aktivieren, um auf dem Umweg über diesen in der Öffentlichkeit unauffälligen Verband der Verwirklichung der Ziele des schwerindustriell-großagrarischen Interessenkartells näherzukommen.

Wenngleich sich der RDI den Forderungen nach dem Abbau weltwirtschaftlicher Beziehungen zugunsten einer ‚mitteleuropäischen‘ Zollunion bzw. einer Großraumwirtschaft im Sinne der Schwerindustrie bis Anfang 1931 noch widersetzte, so bedeutete dies jedoch nicht, daß er umgekehrt den Ausbau der deutsch-franzö-

Anlage, BA NL Silverberg 363, 27–37 Rs; auch: Der Langnam-Verein für Europa-Wirtschaftspolitik, in: E-W 1 (1930), S. 177–180.

²³ Wilmowsky an Silverberg, 9. 9. 1930, BA NL Silverberg 365, 200–202.

²⁴ RDI-Rundschreiben, 10. 12. 1930 und 13. 12. 1930, ebda 234–236, 237.

²⁵ So im RDI-Rundschreiben, 5. 2. 1931, ebda 297–299.

²⁶ BA NL Silverberg 306, 20–27.

sischen Wirtschaftsbeziehungen als Grundlage einer ‚paneuropäischen‘ Zollunion gefördert hätte.

Eine solche Alternative war nicht nur von wirtschaftspublizistischen Kreisen favorisiert worden, wie etwa von Wilhelm Grotkopp, der in seiner ab 1930 herausgegebenen Zeitschrift ‚Europa-Wirtschaft‘ und in anderen Publikationen die ‚Europäische Zollunion als Weg aus deutscher Wirtschaftsnot‘²⁷ wiederholt empfahl. Sie war auch innerhalb des RDI bereits im Oktober 1929 zur Sprache gekommen, als Kastl eine ernsthafte „Prüfung der Fragen Paneuropa und Europäische Zollunion“ zur „Wahrung unserer nationalen Interessen“²⁸ für notwendig gehalten hatte. Allerdings vermochte sich die Mehrheit des RDI dem Votum Richard Heilners nicht anzuschließen, der die „Bildung eines Großraum-Wirtschaftsgebietes“ als Voraussetzung für eine Politik der Steigerung der Massenkaufkraft in Europa und damit für die Abwendung eines drohenden sozialen Umsturzes verlangte²⁹. Gerade mit Rücksicht auf die Lage der deutschen Landwirtschaft dürfte der RDI einem Abbau der Zollgrenzen innerhalb Europas nicht zustimmen, hielt Müller-Oerlinghausen³⁰ dieser Argumentation entgegen.

Einer Intensivierung der deutschen Beziehungen zu Frankreichs Wirtschaft und Politik mit dem Fernziel eines ‚Paneuropa‘ stand mithin der RDI als Spitzenverband der deutschen Industrie mit ähnlicher Zurückhaltung gegenüber wie die amtliche Außenpolitik. Darüber hinaus zeichnete sich noch in der Amtszeit Stresemanns die Möglichkeit einer Synchronisierung zwischen amtlicher Politik und schwerindustriellen Interessen in bezug auf ‚mitteleuropäische‘ Aktivitäten ab, eine alternative politische Orientierung, die umso bedeutsamer wurde, je mehr der Langnam-Verein durch eine geschickte Bündnispolitik innerhalb der Wirtschaft und damit auch im RDI an Gewicht gewann.

3. Die Krise als Ansatz für Deutschlands forcierten Revisionismus

Als im Februar 1930 Briand und Handelsminister Flandin die Chancen für eine engere deutsch-französische Zusammenarbeit im Rahmen der bevorstehenden Genfer Zollfriedenskonferenz zu sondieren begannen, meinte zwar Botschafter Hoesch die Aussage machen zu können, er „hätte bei massgebenden Stellen in Berlin viel Neigung für den Gedanken einer deutsch-französischen Zollunion gefunden“³¹, doch blieben amtliche Außenpolitik und wirtschaftliche Interessenverbände wei-

²⁷ So der Titel seines 1931 erschienenen Buches, in dem er auf die Notwendigkeit einer Verständigung mit Frankreich aufmerksam macht, ohne die „Mitteleuropa ein reaktionäres Gebilde“ zu werden drohe (S. 22).

²⁸ Ludwig Kastl, Fragen der Internationalen Wirtschaftspolitik, in: Veröffentlichungen des RDI 48 (Oktober 1929), S. 35–36.

²⁹ Diskussionsrede Richard Heilner, ebda S. 36–41.

³⁰ Ebda, S. 41.

³¹ Hoesch an AA, 7. 2. 1930, BA R 43 I/2428, 58–61.

terhin zurückhaltend. Im AA registrierte man die französischen Pläne für eine „Ausgestaltung deutsch-französischer Beziehungen, insbesondere auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet“³², die eine „Selbstbefriedigung Europas mit landwirtschaftlichen Produkten“ sowie eine „präferenzielle Behandlung von Industrieprodukten innerhalb Europas“ vorsahen, was auf Absperrungstendenzen gegenüber außereuropäischen Gebieten hinauslief.

Dem Vorschlag zu einem „unauffällige(n) Meinungs-austausch“ zwischen beiden Staaten wollte sich die deutsche Regierung schon angesichts der kritischen Wirtschaftslage nicht entziehen. Eine „gewisse Aktivität“ sei vor allem aber geboten, weil Frankreich versuche, „sich für Wirtschaftskampf mit Amerika Genossen zu sichern, und die französischen Trabantenstaaten in Europa von wirtschaftlicher Annäherung an Deutschland abzuhalten“. Bei solchen Verhandlungen müsse die deutsche Seite allerdings das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten „in Hinblick auf Reparationen und amerikanische Kredite“ sowie auf etwaige protektionistische Maßnahmen gegen den deutschen Export beachten, überdies dürfe die deutsche Rußlandpolitik nicht belastet und die Universalität des Völkerbundes durch den von Frankreich betriebenen europäischen Zusammenschluß keinesfalls ausgehöhlt werden. Wenn schließlich Curtius für sein Genfer Gespräch mit Briand nahegelegt wurde, die deutsche Bereitschaft zu erklären, „mitzuwirken am wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas“, so geschah dies in der Absicht, den französischen Plänen nach Möglichkeit jede gegen Deutschlands ‚mitteleuropäische‘ Absichten gerichtete Spitze zu nehmen.

Als die französische Regierung Mitte Mai 1930 in den Hauptstädten Europas (außer in Moskau, Ankara und Reykjavik) das „Mémorandum sur l'organisation d'un régime d'union fédérale européenne“ überreichen ließ, war die im Grunde ablehnende deutsche Antwort bereits vorgezeichnet³³. Sie beruhte – in konsequenter Fortführung der von Stresemann verfolgten Politik – auf der Einsicht, daß die von Briand vorgeschlagene Form des europäischen Zusammenschlusses die Chancen für eine Revision des Friedensvertrages und für eine ‚mitteleuropäische‘ Expansion erheblich einengen würde³⁴.

Gegenüber den französischen Vorstellungen hob eine Aufzeichnung³⁵ die Alternative „Paneuropa und europäische Befriedung und Annäherung“ einerseits, „Mitteleuropa“ andererseits hervor und betonte, der Reichsregierung sei im Gegen-

³² Aufzeichnung, 7. 5. 1930, PA Büro RM 74, Bd 1, D 702616–25.

³³ Zu den Beratungen der Reichsregierung über die Formulierung der am 15. 7. 1930 in Paris überreichten deutschen Antwort siehe: Ewald, Die deutsche Außenpolitik, S. 22–24, Lipgens, Europäische Einigungsidee, S. 328–353, Ruge/Schumann, Die Reaktion des deutschen Imperialismus, in: ZfG 20 (1972), S. 40–70.

³⁴ Ewald, Die deutsche Außenpolitik, S. 153, überschätzt die Chancen für einen zwischen Briand und Stresemann auszuhandelnden Kompromiß zwischen französischer und deutscher Politik, wenn er für das Scheitern des Plans die Verhärtung der außenpolitischen Fronten nach Stresemanns Tod („Der Briandplan kam also zu spät“) verantwortlich zu machen sucht.

³⁵ PA Ref Vbd, Allg B 3, Bd 2 (ohne nähere Datierung).

satz zu den von Briand formulierten Vorschlägen „bewußt, daß einer gesamteuropäischen Wirtschaftsverständigung noch erhebliche Schwierigkeiten im Wege“ stünden. Im Blick auf den erstmals auf deutschem Boden tagenden MWT³⁶ wurde weiter festgestellt: „Sie begrüßt deswegen besonders lebhaft alle Bestrebungen, die darauf abzielen, zunächst auf dem Wege regionaler Vereinbarungen diejenigen Länder zusammenzufassen, die durch ihre geographische Lage und ihre besondere Wirtschaftsstruktur darauf angewiesen sind, sich gegenseitig zu ergänzen. Der Gedanke des Zusammenschlusses der im Zentrum Europas gelegenen Staaten scheint ihr von diesem Gesichtspunkt aus besonders geeignet, die europäische Wirtschaftsgemeinschaft vorzubereiten.“

Um einen solchen, den deutschen Interessen entsprechenden Zusammenschluß der europäischen Wirtschaft zu erreichen, bot sich der deutschen Außenpolitik die Kombination zweier Wege an: Einerseits sollte ein solches Ziel grundsätzlich im Rahmen des Völkerbundes und in Abstimmung mit den USA angestrebt werden, was Deutschland zusammen mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten zu einem relativen Übergewicht gegenüber Frankreich verholfen hätte; andererseits gab das AA einer Politik deutlichen Vorrang, die – den Ansatz der Zollunions-offerte Stresemanns an die Tschechoslowakei aufgreifend – Deutschland eine wirtschaftliche und politische Machtposition in ‚Mitteleuropa‘, d. h. in Ostmittel- und Südosteuropa sichern sollte, bevor es auf der Grundlage einer zu seinen Gunsten verschobenen Machtkonstellation anderen westeuropäischen Staaten, voran Frankreich, den Anschluß an ein solches deutsches ‚Mitteleuropa‘ hätte anbieten können. In jedem Falle wollte das AA einer unmittelbaren Konfrontation mit dem französischen Anti-Revisionismus, wie sie die Vorschläge einer deutsch-französischen Zollunion und in modifizierter Form das Europa-Memorandum Briands in Aussicht stellten, vorläufig aus dem Wege gehen.

Beide Ansätze hat die deutsche Außenpolitik 1930/31 verfolgt: Deutschlands Mitwirken im Europa-Ausschuß des Völkerbundes dokumentierte das Festhalten am Prinzip grundsätzlich universaler, d. h. nicht europäisch-kontinentaler Organisation der Staatenwelt, wobei es der deutschen Politik bezeichnenderweise gelang, die von Frankreich ursprünglich nicht eingeladene Sowjetunion mitzubeteiligen. Das Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion sollte nicht allein den bilateralen Anschluß vorbereiten, sondern darüber hinaus dem Aufbau einer ‚mitteleuropäischen‘ Machtposition dienen.

So wie Frankreich den gesteigerten Druck der USA auf Europa zum Anlaß seiner Einigungsvorschläge nahm, so bediente sich auch die deutsche Außenpolitik der Krisensituation, insbesondere der prekären wirtschaftlichen Lage Österreichs und der südosteuropäischen Agrarstaaten, als eines Hebels für forcierte revisionistische

³⁶ Die Aufzeichnung deckt sich stellenweise mit den „Stichworte(n) zum Thema ‚Paneuropa, Mitteleuropa und europäische Befriedung und Annäherung““, die das AA dem Reichspostminister Schätzel zur Eröffnung des MWT in Breslau mitgegeben hatte, PA Ref Vbd, Paneuropa Allg, Bd 2, L 503443–47.

Aktionen, die im deutsch-österreichischen Zollunionsplan einen ersten Höhepunkt erreichten³⁷.

Innerhalb der nach dem Ersten Weltkrieg neugestalteten europäischen Ordnung bildete Österreich den Schnittpunkt der von Frankreich bzw. von Deutschland verfolgten kontroversen politischen Linien. Die Aufteilung der Donaumonarchie durch die Pariser Vorortverträge, die auf wirtschaftliche Interdependenzen in diesem Raum keine Rücksicht nahmen, hatte für Österreich schwerwiegende strukturelle Probleme geschaffen, die „durch eine rigorose Zoll- und Währungspolitik, in der sich die politisch-wirtschaftlichen Selbstbehauptungsbemühungen aller Nachbarstaaten am deutlichsten manifestierten, noch besonders verschärft“³⁸ wurden. Als Ausweg aus dieser Strukturkrise wurde immer wieder die Einbeziehung Österreichs in einen größeren Wirtschaftsraum vorgeschlagen; die Alternative zwischen ‚Anschluß‘ und ‚Donauföderation‘ stellte darum ein Generalthema für die österreichische Außenpolitik dar, von den Anfängen unter Otto Bauer 1918/19 bis in die dreißiger Jahre hinein³⁹.

Diese Situation nutzten Deutschland und Frankreich in Konkurrenz zueinander dadurch aus, daß sie auf dem Wege der wirtschaftlichen, insbesondere der finanziellen Verflechtung eine Entscheidung Österreichs nach der einen oder anderen Seite hin zu präjudizieren trachteten. Während in Deutschland vor allem der Langnam-Verein und Teile der bayerischen Wirtschaft nicht ohne Erfolg versuchten, Österreich über die Montanindustrie und die Energiewirtschaft an die deutsche Wirtschaft zu koppeln, gelang es dem mit Kapital besser ausgestatteten Frankreich, vorwiegend Schlüsselpositionen im Bankwesen, so etwa in der Österreichischen Credit-Anstalt, zu besetzen⁴⁰.

Nachdem Frankreich im Briand-Memorandum einen Weg gefunden zu haben meinte, Deutschland noch vor den zu erwartenden Auseinandersetzungen über seine Revisionsforderungen in ein europäisches System einbinden und über eine gesamteuropäische Krisenstrategie den deutschen Penetrationsvorstößen in Österreich und Südosteuropa den Boden entziehen zu können, hielt die deutsche Außenpolitik die Zeit für gekommen, die Vorbereitungen für eine Zollunion mit Österreich voranzutreiben. Nach der Veröffentlichung des Projektes im März 1931 versuchten die Vertragspartner zwar, die geplante Zollunion als einen zunächst bilateralen Beitrag zu der von Briand vorgeschlagenen umfassenderen europäischen Eini-

³⁷ Vgl. Link, Amerikanische Stabilisierungspolitik, S. 504: „Der Weg für die Weiterführung der Revision des Versailler Vertrages wurde durch die Finanz- und Wirtschaftskrise im Sommer 1931 nicht verbaut, sondern sogar planiert“.

³⁸ Dörte Doering, Deutsch-österreichische Außenhandelsverflechtung während der Weltwirtschaftskrise, in: Industrielles System, S. 521.

³⁹ Dazu Lajos Kerekes, Zur Außenpolitik Otto Bauers 1918/19. Die „Alternative“ zwischen Anschlußpolitik und Donauföderation, in: VfZ 22 (1974), S. 18–45.

⁴⁰ Vgl. etwa Albert Vögler an Curtius, 13. 6. 1930, ZStA AA 41769, 223–227; Dt Ges Wien an AA, 5. 12. 1930, ZStA AA 41777, 211–212 betr. Konkurrenz deutschen und französischen Kapitals in Montanindustrie und Energiewirtschaft Österreichs. Siehe auch Diskussionsbeitrag Hans Mommsens, in: Österreich 1927 bis 1938, S. 169.

gung darzustellen⁴¹. Doch als Hindenburg im AA rückfragte, ob Botschafter Hoeschs Hinweis in Frankreich zweckmäßig gewesen sei, es handle sich bei dem Projekt „um eine regionale Verständigung im Rahmen Paneuropas“⁴², enthüllte die Antwort den bloß propagandistischen Charakter dieser Version. Bülow nämlich schrieb zurück, dabei sei „zu berücksichtigen, daß der Paneuropa-Gedanke in Frankreich sehr zahlreiche Anhänger hat. Wir schlagen daher mit diesem Argument die Gegner mit ihren eigenen Waffen“⁴³. Schon im Januar 1931 hatte Bülow dem deutschen Botschafter in Washington erklärt, es bestehe ein Plan, „eine Wirtschaftsunion mit Österreich einzugehen, die wahrscheinlich schnell zu einem Anschluß der Tschechoslowakei und Ungarns führen würde ... Es ist durchaus möglich, daß sich politische Konflikte daraus ergeben, obwohl wir der Angelegenheit ein paneuropäisches Mäntelchen umhängen werden“⁴⁴.

Die vorhergesagten Konflikte ließen nicht lange auf sich warten. Durch den von Frankreich und der Tschechoslowakei ausgeübten Druck sahen sich Deutschland und Österreich im September gezwungen, von ihrem Plan wieder Abstand zu nehmen. Zwar war nochmals offenkundig geworden, daß Deutschland für eine eigenmächtige ‚Mitteleuropa‘-Politik noch nicht stark genug war. Nicht ohne Grund bemühte sich Brüning in den folgenden Monaten, sich über eine deutsch-französische Wirtschaftskommission, die mit Ministerialbeamten und Vertretern der Privatwirtschaft besetzt wurde, mit Frankreich unmittelbar wieder ins Benehmen zu setzen⁴⁵. Doch bedeutete der erzwungene Verzicht auf die Zollunion keine grundsätzliche Abkehr von der in südosteuropäischer Richtung forcierten deutschen Revisions- und Expansionspolitik. Der Weg zum Ausbau einer nun auch von der Publizistik vermehrt geforderten ‚Großraumwirtschaft‘⁴⁶ war für amtliche Politik und wirtschaftliche Interessenten nun umso leichter zu begehen, als es inzwischen auch gelungen war, die gesellschaftlichen Einigungsbestrebungen in den Griff zu bekommen.

⁴¹ Während Hauser (Der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion, 1955), Krulis-Randa (Das deutsch-österreichische Zollunionsprojekt, 1955) und Kühl (Föderationspläne im Donauraum, 1958) die von Curtius behauptete Vereinbarkeit des Planes mit den Vorschlägen Briands betonten, konnte erstmalig F. G. Stambrook (The German-Austrian customs union project of 1931) nach Auswertung der einschlägigen Archivalien die entgegengesetzte Interpretation belegen.

⁴² Zit. nach Berndt, Die wirtschaftlichen Beziehungen, S. 162.

⁴³ Ebda.

⁴⁴ Bülow an Prittwitz, 20. 1. 1931, AA Film 4620, 199138–40, zit. nach Brügel, Tschechen, S. 221.

⁴⁵ PA Pol II Frkr, Pol 2 E, Bde 1–4 und BA NL Silverberg 245.

⁴⁶ Vgl. den von Wilhelm Gürges und Wilhelm Grotkopp hrsg. gleichnamigen Sammelband (1931).